ÜBERSETZUNG

ÖFFENTLICHER DIENST DER WALLONIE

1. DEZEMBER 2016 — Erlass der Wallonischen Regierung zur Ausweisung des Natur 2000-Gebiets BE3364 — "Ulfal"

Die Wallonische Regierung,


Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 17. März 2005 über das Buch I des Umweltgesetzbuches, Artikel D.29-1 ff.;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 23. Oktober 2008 zur Festlegung bestimmter Modalitäten für die auf die Natura 2000-Gebiete anwendbare Praventivregelung;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 24. März 2011 zur Festlegung der allgemeinen Vorbeugungsmaßnahmen, die auf die Natura 2000-Gebiete sowie auf die um eine Bezeichnung als Natura 2000-Gebiet kandidierenden Gebiete anwendbar sind;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 19. Mai 2011 zur Bestimmung der Kategorien der Bewirtschaftungseinheiten, die sich innerhalb eines Natura 2000-Gebiets befinden können, sowie der dort anwendbaren Verbote und besonderen Vorbeugungsmaßnahmen;


Aufgrund der Stellungnahme der Erhaltungskommission von Malmedy, abgegeben am 11. März 2016;


In Erwägung der Richtlinie 92/43/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen;


In Erwägung der sozialwirtschaftlichen Vermittlung, die gemäß den von der wallonischen Regierung am 30. September 2010 und 7. April 2011 gefassten Beschlüssen vorgenommen wurde;

In Erwägung, dass der Ausweisungserlass den Einwänden und Bemerkungen Rechnung trägt, die anlässlich der oben erwähnten öffentlichen Untersuchungen von verschiedenen Beschwerdeführern vorgebracht wurden;

In Erwägung, dass nur diejenigen Beschwerden zu berücksichtigen sind, die innerhalb der Frist für die öffentliche Untersuchung und unter Einhaltung der in Buch I des Umweltgesetzbuches vorgesehenen Formalitäten eingegangen sind;

In Erwägung der Beschwerden über die angebliche Nichteinhaltung durch die Wallonische Regierung der Regeln für den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten sowie über den Rückgang, der im Bereich der Beteiligung im Verhältnis zu den öffentlichen Untersuchungen vom Jahre 2008 über die am 30. April 2009 verabschiedeten Ausweisungserlass stattgefunden habe;

In Erwägung, dass öffentliche Untersuchungen in jeder von einem Ausweisungserlass gedeckten Gemeinde nach den in Buch I des Umweltgesetzbuches vorgesehenen Modalitäten organisiert wurden, dass jeder die Möglichkeit hatte, im Rahmen dieser Untersuchungen Beschwerden einzureichen;

In Erwägung, dass neben den in Buch I des Umweltgesetzbuches erforderlichen Formalitäten zur Ankündigung der Durchführung einer öffentlichen Untersuchung, die Verwaltung absichtlich noch weitere Maßnahmen ergreifen hat, um diese Untersuchung den betroffenen Personen am besten bekanntzugeben;

In Erwägung, dass die Verbreitung von Informationen bezüglich des Natura 2000-Netzes in der allgemeinen Öffentlichkeit also vor und während der Untersuchung erfolgt ist, und zwar über mehrere Wege: Verteilung von Verwaltungsanleitungen, Artikel in der Fachpresse, Kolloquien, Versand von Newslettern, Bereitschaftsdienste, Ausstellungen, Ausstrahlung von Radio- bzw. Fernsehspots (Mini-Spots) im "Radio Télévision Belge Francophone" (RTBF) über die verschiedenen Arten von Lebensräumen sowie über die für ihre Verwaltung und ihren Schutz erforderlichen Auflagen, Information über das Internet (Entwürfe der Ausweisungserlaß, gesetzliche Texte, Kartenmaterial, Muster der Beschwerdeformulare, Kontaktpersonen); dass die hauptsächlichen Dokumente, gesetzliche und verordnungsmäßige Texte in deutscher Sprache zur Verfügung gestellt worden sind; dass zweisprachige Informationssektionen (französisch-deutsch) organisiert wurden; dass diese sehr relevanten Informationen eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Wichtigkeit ihrer Teilnahme an der öffentlichen Untersuchung ermöglicht haben;

In Erwägung, dass die Eigentümer und Verwalter von einem Natura 2000-Gebiet liegenden Parzellen aufgrund der Katasterinformationen und des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) ein personalisiertes Schreiben der Verwaltung erhalten haben, durch das sie über die Durchführung der öffentlichen Untersuchung informiert wurden, und das die Liste ihrer in einem Natura 2000 Gebiet liegenden Parzellen, der betroffenen Flächen und der entsprechenden Bewirtschaftungseinheiten zu Informationszwecken enthielt, dass vor dieser Einnahme eine für dieses Publikum zielgerichtete Informationskampagne geführt wurde;
In der Erwägung anschließend, dass die Tatsache, dass die Vorbeugungsmaßnahmen nicht mehr in dem Ausweisungserlass sondern in Erlassen mit allgemeiner Tragweite enthalten sind, eine Harmonisierung der Maßnahmen und Zielsetzungen auf Ebene der Wallonischen Region ermöglicht, damit die Einhaltung des Grundsatzes der Gleichheit zwischen den betroffenen Bürgern gesichert wird, jede nicht durch lokale Besonderheiten gerechtfertigte ungleiche Behandlung verschiedener Gebiete vermieden wird, und es nicht weniger Möglichkeiten gibt, im Rahmen der öffentlichen Untersuchung zu regieren im Verhältnis zu den anderen betroffenen Gebieten, und dass die Beschwerdeführer nämlich die Möglichkeit angeboten wird, ihre Meinung über die Einschränkungen für ihre Parzellen infolge der Präventivregelung zu geben, unter Berücksichtigung der Abgrenzung der Bewirtschaftungseinheit gemäß dem Erlassentwurf,

In der Erwägung, dass die Möglichkeit für die Beschwerdeführer betrifft, Ihre Stellungnahme zu den Erhaltungszielen auf Ebene des jeweiligen Gebiets abzugeben, es auf Folgendes hinzuweisen gilt: die Regierung muss die materiellen Erhaltungsziele und jede Art von der Schutzmaßnahme die das Erlass mit allgemeiner Tragweite kraft Artikel 25bis § 2 des Gesetzes genau definieren; diese Harmonisierung auf regionaler Ebene der Erhaltungsziele für jeden natürlichen Lebensraumtyp und für jede Art von gemeinschaftlichem Interesse zielt ebenfalls darauf ab, den Grundsatz der Gleichheit zwischen den betroffenen Bürgern zu gewährleisten, und jede Behandlung verschiedener Gebiete, die nicht durch lokale Besonderheiten erklärt werden könnte, zu vermeiden; es wurde gemäß Artikel 25bis § 2 des Gesetzes der Entwurf eines Erlasses mit Verordnungscharakter zur Festlegung dieser Ziele ausgearbeitet, der in der Akte, die der öffentlichen Untersuchung unterworfen ist, übernommen wurde, damit den Beschwerdeführern die Möglichkeit gegeben wird, die Stellungnahme zu den im Betracht gezogenen Erhaltungszielen für das betroffene Gebiet abzugeben;

In der Erwägung, dass die auf das jeweilige Gebiet anwendbaren Erhaltungsziele unter Zugrundelegung der in diesem Erlassentwurf für jeden natürlichen Lebensraumtyp und jede Art, die in der Liste nach Anhang 3 des Ausweisungserlasses angeführt wird, festgelegten Ziele bestimmt werden, dass in dieser Liste die in dem jeweiligen Gebiet effektiv zu bewahrenden Lebensraumflächen und Populationsgrößen der verschiedenen Arten (quantitative Ziele) angegeben werden; dass die Zusammenführung der im Erlassentwurf angeführten Ziele und der Angaben nach Anhang 3 den Beschwerdeführern ermöglicht hat, ihre Bemerkungen in voller Kenntnis der Schädlöcher zu erörtern, die sie über Informationen über die künftigen, konkret in Betracht gezogenen Erhaltungsziele für das betroffene Gebiet verfügten, d.h. mindestens die Erhaltung der bestehenden Flächen und der vorhandenen Qualität der natürlichen Lebensraumtypen, die für die Ausweisung des Gebiets ausschlaggebend gewesen sind, wie in Anhang 3 vorgelagenden Erlasse angeführt, sowie die Erhaltung der Populationsgrößen der Arten, die für die Ausweisung des Gebiets ausschlaggebend gewesen sind; dass in Anhang 3 vorgelagert ebenfalls in Artikel 25bis § 2 des Gesetzes angenommene Erlassentwurf vorhandenen Flächen und die bestehende Qualität ihrer Habitate; in der Erwägung, dass die Liste der Lebensräume nach Anhang 3 in Kombination mit den Karten der Bewirtschaftungseinheiten eine konkrete Festlegung der Erhaltungsziele ermöglicht, die in den betreffenden Zonen angewendet werden, in dem Maße, wo die natürlichen Lebensräume von gemeinschaftlichem Interesse die diese Bewirtschaftungseinheiten umfassen könnten, in dem Erlass der Wallonischen Regierung vom 19. Mai 2011 zur Bestimmung der Kategorien der Bewirtschaftungseinheiten, die sich innerhalb eines Natura 2000-Gebiets befinden, können bestimmt sind;

In der Erwägung, dass die für das Gebiet geltenden Erhaltungsziele allgemeiner Tragweite, die von der Regierung kraft Artikel 25bis § 2 des Gesetzes festgelegt werden, spezifische, im Ausweisungserlass direkt angegebene Erhaltungsziele ersetzt und nicht die tatsächlichen Bedürfnisse der Lebewesen (die jedoch nicht als solche notiert wurde, solche spezifische Ziele vorzusehen, insofern die Erhaltungsziele, die in der öffentlichen Untersuchung beigefügt Erlassentwurf festgelegt sind, zureichend genau und aus dem wissenschaftlichen Standpunkt zureichend relevant sind, wenn man die gebietsgebundenen Besonderheiten betrachtet, die keine weiteren Details erfordern; im Betrachtenerwägung, dass die für das betroffene Gebiet festgehaltenen Erhaltungsziele zum Zeitpunkt der öffentlichen Untersuchung nicht bestimmt werden konnten und nicht zugänglich waren, dass der Vorbehalt von Artikel 25bis § 2 des Gesetzes angemessene Erlassentwurf gleichzeitig mit dem Erlassentwurf zur Ausweisung des Gebiets einer öffentlichen Untersuchung zu unterwerfen, im Gegenteil gerade mit dem Ziel gefasst wurde, den Eigentümern und Benutzern zu ermöglichen; sich in voller Kenntnis der Sache über diese Erhaltungsziele auszusprechen;

ligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu den Gerichten in Umweltaßgelegenheiten vorgesehenen Verfahrensanweisungen im Rahmen des Verfahrens zur Auswahl der Gebiete daher nicht in den Zuständigkeitsbereich der vorliegenden öffentlichen Untersuchung fallen; dass, auch wenn es der Fall wäre, diese Kritiken deutlich unbegründet sind;


In der Erwägung, dass die Tatsache, dass der Entwurf des Ausweisungserlasses und der Entwurf des Erlasses der Wallonischen Regierung zur Festlegung der Erhaltungsziele gemeinsam derselben öffentlichen Untersuchung unterworfen wurden, der Eigentümern und Benutzern ermöglicht hat, ihre Bemerkungen sowohl über das Areal des Gebiets, die Wahl und das Areal der Bewirtschaftungseinheiten - und ebenfalls über die Gründe, die die getroffenen Entscheidungen rechtfertigen - wie auch über die für das Gebiet in Betracht gezogenen Erhaltungsziele gelten zu lassen, wobei Letztere sich, wie bereits oben erwähnt, aus der Zusammenführung der Bestimmungen des Entwurfs des Regierungserlasses und der Angaben nach Anhang 3 des Ausweisungserlasses ergeben; dass die Behauptung, die Untersuchung sei zu spät im Beschlussverfahren eingeleitet worden, daher unrichtig ist;

In der Erwägung, dass die Artikel D 29.7-9 und D 29.8 von Buch I des Umweltgesetzbuches zur Regelung der Ankündigung von öffentlichen Untersuchungen für Pläne der Kategorien A, B und C zu denen die Ausweisungserlasser gehören, keinesfalls verlangen, dass in der Bekanntmachung oder in den Notifizierungen auf die etwaigen Beschwerdegehege gegen die Ausweisungserlasser hingewiesen wird; dass gemäß Artikel D 29.22 deselben Buches derartige Auskünfte lediglich in den Verwaltungsbeschlüssen der Kategorien B und C zu geben sind; dass außerdem die Bedingungen, die zur Ankündigung der öffentlichen Untersuchungen keineswegs gesetzlich oder verordnungsweise vorgeschrieben sind;

In der Erwägung, dass die Konsultierung irgendeines Rates im Rahmen der Verabschiedung der Ausweisungsverlasser der Natura 2000-Gebiete durch keine Gesetzgebung auferlegt wird;

In der Erwägung jedoch, dass aufgrund von Artikel 30 § 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur die Regierung beschlossen hat, den Erhaltungsbestellungen, die über die öffentliche Bekanntmachung über die in die Ausweisungsverlasser der Natura 2000-Gebiete geübten Beschwerden und Bemerkungen zu Rate zu ziehen, dass diese Erhaltungskommissionen zur Aufgabe haben, den Erhaltungszustand der Natura 2000-Gebiete zu überwachen, um die Wahrung in einem günstigen Erhaltungszustand oder Wiederherstellung in einem solchen Zustand zu gewährleisten, wobei insbesondere die Prioritäten natürlichen Lebensraumtypen und die prioritäten Arten berücksichtigt werden und die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Anforderungen, sofern sie die örtlichen Besonderheiten in Betracht gezogen werden;

In der Erwägung, dass die Erhaltungskommissionen aus Mitgliedern zusammengesetzt sind, die die verschiedensten Interessen der zivilen Gesellschaft vertreten, nämlich aus einem von der Regierung bestimmten Vorsitzenden, vier Bediensteten der regionalen Verwaltung, darunter ein Bediensteter aus der für die Naturerhaltung zuständigen Dienststelle, ein Bediensteter aus der für die Raumordnung zuständigen Dienststelle, ein Bediensteter aus der für die Landwirtschaft zuständigen Dienststelle und ein Bediensteter aus der für die Wasser zuständigen Dienststelle; aus einem von dem Consell supérieur wallon de la Conservation de la Nature (Wallonischer hoher Rat für die Erhaltung der Natur) vorgeschlagenen Mitglied; aus einem von dem Consell supérieur des Villes, Communes et Provinces de la Région wallonne (Hoher Rat der Städte, Gemeinden und Provinzen der wallonischen Region) vorgeschlagenen Mitglied; aus zwei von Vereinigungen mit der Naturerhaltung als Sozialzweck vorgeschlagenen Vertretern, aus zwei von Vereinigungen, die die Eigentümer und Benutzer des betroffenen Gebiets bzw. der betroffenen Gebiete vertreten, vorgeschlagenen Vertretern; aus zwei Vertretern, die von den Berufvereinigungen, die die Vertretung der in dem bzw. den betroffenen Gebiet(en) ausgeübten Tätigkeiten im Bereich der Landwirtschaft, Jagd, Fischzucht oder Forstwirtschaft als Gesellschaftszweck haben, vorgeschlagen werden, dass in diesen Kommissionen vertreten werden;

In der Erwägung, dass die Mitglieder der Kommissionen den Erhaltungszustand der Gebiete unmittelbar teilnehmen;

In der Erwägung, dass somit die Vorschriften im Bereich des Zugangs zur Information, der Öffentlichkeitsbeteiligung und des Zugangs zu den Gerichten wohl beachtet wurden und der Grundsatz des "standstill" entsprechen;

In der Erwägung, dass die Vielfalt der im Natura 2000-Gebiet BE33064 - "Ulfal" angetroffenen Lebensräume und der Arten-Habitats dessen Ausweisung vollkommen rechtfertigt;


In der Erwägung, dass dieses Gebiet die Auswahlkriterien erfüllt, die in Artikel 25 § 1 und in Anlage X des Gesetzes vom 12. Juli 1973 aufgeführt sind, so wie dies aus Anhang 3 des vorliegenden Erlasses hervorgeht, und dass es somit in seiner Eigenschaft als "besonderes Erhaltungsgebiet" als Natura 2000-Gebiet auszuweisen ist;

In der Erwägung, dass dieses Gebiet über einen großen ornithologischen Reichtum verfügt und dass es in Anlage XI des Gesetzes vom 12. Juli 1973 aufgeführte Wildvögelarten beherbergt, so wie es aus Anhang 3 des vorliegenden Erlasses hervorgeht; dass es mit Blick auf die Erhaltungsziele dieser Arten über ausreichend geeignete Territorien verfügt, sowohl was ihre Anzahl als auch ihre Größe betrifft, welche als Sonderschutzgebiet zu einem Natura 2000 Gebiet erklärt werden müssen;

Considérant les tableaux repris en annexe 3 comprenant la liste des espèces et habitats pour lesquels le site est désigné, la surface de ces habitats ou la population de ces espèces estimé sur le site ainsi que l'évaluation selon une échelle de A à C, de leur état de conservation;

In der Erwägung, dass die Auswahl des Gebiets auf Basis der besten zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Kenntnisse und Daten geschehen ist, die insbesondere aus verschiedenen Bestandsaufnahmen, fotografischen und kartographischen Dokumenten, der wissenschaftlichen Literatur und biologischen Datenbanken resultieren;

In der Erwägung, dass die Daten bezüglich der verschiedenen Typen von natürlichen Lebensräumen (Liste, Fläche und Erhaltungszustand) und der verschiedenen Arten (Liste, Bestand und Erhaltungszustand), die für die Ausweisung des Gebiets ausschlaggebend waren, 2002 und 2005 aufgestellt wurden, dass sie auf das ganze Gebiet hochgerechneten Daten Annäherungs- werte enthalten, dass sie zum Teil aufgrund der besten zur Verfügung stehenden Kenntnisse präzisiert wurden und dass es sich empfehlen wird, die Präzisierung dieser Daten fortzuführen;

In der Erwägung, dass, was in dem Anhang zum vorliegenden Erlass aufgeführten Flächen der Lebensräume von gemeinschaftlichem Interesse betrifft, die Daten aus zwischen 2002 und 2005 aufgestellten Standarddatenformularen stammen und 2015 präzisiert wurden;

In der Erwägung, dass die Daten bezüglich des Erhaltungszustands der Lebensräume und Arten gemeinschaftlichen Interesses z.T. 2002 und 2005 aufgestellt wurden, dass diese für das Gebiet geschatzten Daten Annäherungswerte enthalten, die später noch genauer bestimmt werden müssen;

In der Erwägung, dass der Erlass der Wallonischen Regierung vom 19. Mai 2011 zur Bestimmung der Kategorien der Bewirtschaftungseinheiten, die sich innerhalb eines Natura 2000-Gebiets befinden können, sowie der dort anwendbaren Verbote und besonderen Bewirtschaftungsmaßnahmen die Kategorien der Bewirtschaftungseinheiten, die sich innerhalb eines Natura 2000-Gebiets befänden könnten, ggf. als Übergangsmaßnahmen, die Bewirtschaftungseinheiten, sowie die damit verbundenen Verbote und besonderen Bewirtschaftungsmaßnahmen enthält;


In der Erwägung, dass, was die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen betrifft, die Regierung eine Prüfverordnung eingeführt hat, die auf graduellen Einschränkungen je nach der Empfindlichkeit der Lebensräume und Arten von gemeinschaftlichem Interesse gegen Störungen beruht, in Form von Verboten, Genehmigungen und Notifizierungen, dass die Ersten Tätigkeiten betreffen, die in den meisten Fällen bedeutende Auswirkungen auf die geschützten Ökosysteme haben können, während Letztere Tätigkeiten betreffen, die nur unter bestimmten Umständen solche Auswirkungen haben können;

In der Erwägung, dass die Möglichkeit für die zuständige Behörde, ihre Genehmigung zu verweigern oder mit Bedingungen zu verbinden, sowie die Möglichkeit, Abweichungen von den Verboten von Fall zu Fall zu gewähren, den Wirkungseinschränkungen der Regierung bewusst waren, nur die Anforderungen aufzuerlegen, die zur Erfüllung der Erhaltungsziele innerhalb des Natura-2000-Netzes unbedingt notwendig sind;


In der Erwägung dagegen, dass aufgrund des Kumulierungsimpulses der Verwaltungspolizeivorschriften die Regeln über den Verkehr in den Wäldern oder Wasserläufen in den Natura 2000-Gebieten weiterhin völlig anwendbar sind;

In der Erwägung ebenfalls, dass im Allgemeinen, was den proportionalen Charakter der Maßnahmen betrifft, die Tatsache, dass bestimmte Vorbeugungsmaßnahmen manchmal "positive" Handlungen seitens der Eigentümer und Benutzer anstatt lediglich Enthaltungen mit einschließen, dennoch nicht voraussetzt, dass diese Maßnahmen unbedingt als Maßnahmen der aktiven Verwaltung angegeben werden müssen;

In der Erwägung nämlich, dass zahlreiche Bestimmungen der Verwaltungspolizei ggf. unter Gefahr einer Strafverfolgung "Handlungspflichten" im allgemeinen Interesse voraussetzen, und dies ohne Enschädigung, wie zum Beispiel in Sachen Distelstechen der Wiesen, Bewirtschaftung der nicht unter Schutz gesetzten Wasserläufe, Ausästen der Bäume über öffentlichen Straßen, Erhaltung in einem zufriedenstellenden Sauberkeitszustand der Strandstreifen und Bürgersteige oder aber Reparieren der Visinalwege;

In der Erwägung, dass die sich aus den Vorbeugungsmaßnahmen ergebenden Auflagen, einschließlich derjenigen, die positive Pflichten auf das dadurch betroffene Personen mit sich bringen können, im Rahmen der Natura 2000-Regelung finanziell durch Enschädigungen sowie Steuerbefreiungen ausgeglichen werden;


In der Erwägung, dass um möglichst umfassende Verhandlungen mit den Eigentümern und Benutzern anlässlich der Konzertierung gemäß Art. 26 § 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur oder den Abschluss jeglicher anderen Vereinbarung gemäß Art. 26 § 3 Absatz 4 desselben Gesetzes zu erlauben, es vorzuziehen, vorzusehen, soll, dass die zuständige Behörde dadurch in den Stand gesetzt, für die Einbettung der lokalen Bedürfnisse hinsichtlich der Erhaltung, der sozialwirtschaftlichen Anforderungen und der Wünsche der betroffenen Eigentümer und Benutzer die geeignetsten Mittel von Fall zu Fall zu berücksichtigen, um die aktive Verwaltung der Parzellen innerhalb der verschiedenen Bewirtschaftungseinheiten zu gewährleisten;

In der Erwägung, dass das Streben nach diesem Genauigkeitsgrad in dem Ausweisungserlass dessen Verabschiedung erheblich verzögert hätte, wo doch die Verabschiedung es ermöglichen soll, die Präventivregelung in ihrer Gesamtheit anwendbar zu machen;

In der Erwägung, dass die Eigentümer und Benutzer im Rahmen der öffentlichen Untersuchung die Möglichkeit gehabt haben, Beschwerden über die Abgrenzung der Bewirtschaftungseinheiten und über die für das Gebiet in Betracht gezogene Erhaltungsziele (d.h., die Erinnerung, in die betreffenden Gebieten der bestehenden Flächen und der vorhandenen Qualität der natürlichen Lebensraumtypen, die für die Ausweisung der Gebiete ausgewählt sind, wie in Art. 26 § 3 vorliegenden Erlass angeführt, sowie die Pflanzenarten der Arten, die für die Ausweisung der Gebiete ausgewählt gewesen sind, wie ebenfalls in Anhang 3 vorliegenden Erlasses angeführt, sowie auch der bestehenden Flächen und der vorhandenen Qualität ihrer Habitat) einzureichen, da der Erlaussenwortung der allgemeinen Ziele in der Akte aufgenommen war, die der öffentlichen Untersuchung unterworfen wurde;

In der Erwägung, dass diese Elemente bereits erlaubt, die im Rahmen der aktiven Verwaltung zu verfolgenden Ziele zu bestimmen, dass ihr Vertrauen keineswegs missbraucht wurde, insofern die Liste der vorgeschlagenen Mittel ganz offen bleibt, und sie nicht für jede Parzelle einzig bestimmt worden ist; dass die nützliche Wirkung der Untersuchung nicht beeinträchtigt wird, da die Eigentümer und Benutzer ihre Bemerkungen über die Konfiguration der Bewirtschaftungseinheiten, die weitgehend bestimmt, welcher Art Auflagen die dort gelegenen Parzellen unterliegen werden, bereits gelten lassen können;


In der Erwägung, dass insbesondere die für die Bewirtschaftung der betreffenden Agrarflächen in den BE 2 und 3 auferlegten Einschränkungen keinesfalls zu einem endgültigen Bewirtschaftungsverbot führen, insbesondere indem sie das Verbot einführen würden, diese Flächen zu beweideten oder den Graswuchs zu ernten, und dass sie lediglich die Pflichten voraussetzen, bestimmte landwirtschaftliche Praktiken zu ändern, um sie mit den ökologischen Anforderungen der betreffenden Arten und Lebensrhythmien in Einklang zu bringen. Die Einschränkungen der Agrarflächen, das die für die betreffenden Arten und Lebensrhythmien, die Vorgabe hinsichtlich der Agrarflächen gebunden sind und es also nicht auch zu Gebiete, in denen keinerlei menschliche betrieblichen Flächen zu beweidenden, den Graswuchs zu ernten, und dass das im Gesetz vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur vorgesehene Entschädigungsverfahren und die den Eigentümern gewährte Steuerbefreiungen auf jeden Fall dazu beitragen, die Mehrkosten und die Besonderheit der Erhaltung der Natur, die mancher Betreiber entstehen könnten, ausgleichen sollten, dass auf diese Weise ein „ausgewogenes Verhältnis“ zwischen den Anforderungen des allgemeinen Interesses und dem der europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Recht auf Wahrung des Eigentums gewährleistet wird, das es zu beachten gilt;

In der Erwägung, dass den Eigentümern und Verwaltungen in Natura 2000-Gebieten gelegenen Geländen finanzielle Vorteile gewährt werden, um die zusätzlichen gesetzlichen und verordnungsmäßigen Auflagen, die aufgrund ihrer Eingliederung in das Netz Natura 2000 auf diese Gelände anwendbar sind, auszugleichen;

In der Erwägung, dass 5% der Gesamtfläche der wässerigen Wiesen aktuell im Rahmen der Agrarumweltmaßnahme AUM2 “Naturwiese” gegen eine beträchtlich geringere Entschädigung bewirtschaftet werden; dass in dem Bestreben, ausreichende Ausgleichszahlungen anzubieten, das Niveau der Entschädigungen weit höher liegt und die in den europäischen Regelungen festgelegten Höchstbeträge von 200 Euro pro ha und Jahr übersteigt;

In der Erwägung, dass zu diesen Entschädigungen noch eine Befreiung vom Immobiliensteuervorsteuer, von den Erbschaftsteuern und – seit 2011 – von den Schenkungsteuern zugunsten der Eigentümer hinzukommt;

In der Erwägung, dass daher in keinem Fall von einer de facto-Enteignung die Rede sein kann, die in keinem Verhältnis zu den in Anwendung der europäischen Gesetzgebung verfolgten Erhaltungszielen (d.h. die Erhaltung in den betreffenden Gebieten der bestehenden Flächen und der vorhandenen Qualität der natürlichen Lebensraumtypen, die für die Ausweisung der Gebiete ausschlaggebend sind, wie in Anhang 3 vorliegenden Erlassen angeführt, sowie die Erhaltung der Populationsgroßen der Arten, die für die Ausweisung der Gebiete ausschlaggebend sind, wie ebenfalls in Anhang 3 vorliegenden Erlassen angeführt, sowie auch der bestehenden Flächen und der vorhandenen Qualität ihrer Habitate) stehen würde;

In der Erwägung der während der öffentlichen Untersuchung geäußerten Beschwerden betreffend die angebliche Verletzung des “standstill”-Grundsatzes;

In der Erwägung, dass der Regierung insbesondere vorzugehen wird, das Schutz niveau der acht bereits am 30. April 2009 von der Regierung ausgewiesenen Gebiete merklich herabgesetzt zu haben, ohne jedoch Gründe des Allgemeininteresses anzugeben, die einen solchen wesentlichen Rückgang rechtfertigen könnten;

In der Erwägung, dass “ein großer Blickwinkel auf die Reform notwendig ist, um zu beurteilen, inwieweit die Reform nach Abschluss der ‘Kosten-Nutzen’-Bilanz einen Rückgang bringt oder nicht” (SR, Nr. 187 998, 17. November 2008, Cooons and Waben, siehe ebenfalls C.E., FF Nr. 191 988, 11. März 2009, soz Inter-Environment Wallonia);

In der Erwägung, dass im Anschluss an die Verabschiedung der ersten acht Ausweisungserlassen vom 30. April 2009, beschlossen, best in einem System zu reformieren, um dasselbe Umsicht über die somit die Durchführung vor Ort zu verbessern; dass demnach eine neue Strategie zur Ausweisung der gewaschenen Natura 2000-Gebiete und zu deren Schutz ausgearbeitet wurde, dass das in diesem Rahmen beschlossen wurde, die Ausweisung der Gebiete (Perimeter, Bezeichnung, Einteilung in Bewirtschaftungseinheiten, Katasterparzellen) von den in diesen anwendbaren Schutz- und Verwaltungsmaßnahmen zu trennen; dass dies es ermöglicht, den Inhalt der Ausweisungserlaubnis die Schaffung einer gemeinsamen Grundlage zu erleichtern, die Umsichtlichkeit verbessert wurde;

In der Erwägung, dass die Maßnahmen derart revidiert werden, dass sie vor Ort besser kontrolliert werden können mit dem Ziel, deren effektive und wirksame Durchführung zu gewährleisten; dass der betreffende Anwendungsbereich mancher Maßnahmen erweitert wurde;

In der Erwägung, dass die acht Gebiete, die am 30. April 2009 ausgewiesen wurden, im Allgemeinen nicht weniger als heute geschützt sein werden, da ihre Ausweisungserlaubnis im Sinne der Gleichstellung der betroffenen Eigentümer und Benutzer, der Harmonisierung, der Kohärenz und der Wirksamkeit aufgehoben und ersetzt werden, dass dadurch ein merklicher Rückgang des Schutzes entsteht;


In der Erwägung, dass der weniger „spezifische“ Charakter der Vorbeugungsmaßnahmen und der Erhaltungsziele (damals noch „Ziele der aktiven Verwaltung“ genannt) keinen Rückgang in Sachen Schutz voraussieht; dass die oben bereits erwähnten Erhaltungserfordernisse der Tat auf Ebene des Landes (z.B. der Lebensraum) ohne jedoch weder in ihrem Inhalt, noch in ihrem juristischen Wert eingeschränkt zu werden; dass diese Harmonisierung es möglich macht, die Gleichstellung von Eigentümer und Benutzer besser einzuhalten, und die Schwere der am 30. April 2009 verabschiedeten Ausweisungserlaubnis erheblich reduziert;

In der Erwägung, dass die geringere Genauigkeit der Kartographie der Lebensräume von gemeinschaftlichem Interesse nicht unbedingt zu irgendeinem Rückgang im Inhalt des auf die betroffenen Arten und Lebensräume an in gemeinschaftlichem Interesse in den durch die in Anteile in Tafeln angeführten Maßnahmen sowie durch die Erhaltung der Natur vorgeschriebenen Anforderungen beschränkt, dass das durch diese Texte verfolgte Ziel darin besteht, die Erhaltung der natürlichen Lebensräume und der Arten von gemeinschaftlichem Interesse in einem günstigen Erhaltungszustand oder die Wiederherstellung in einem solchen Zustand zu sichern; dass die Auswahl und Abgrenzung der Gebiete nur auf der Grundlage von wissenschaftlichen Kriterien und nicht von sozialwirtschaftlichen Erwägungen erfolgen können;

In der Erwägung, dass die Bewirtschaftungseinheiten aus unterbrochenen oder ununterbrochenen Arealen innerhalb eines Natura 2000-Gebiets bestehen, die globale einheitliche Erhaltungsmaßnahmen erfordern und die unter Berücksichtigung ökologischer, technischer und/oder sozialwirtschaftlicher Kriterien abgegrenzt sind;

In der Erwägung, dass die Wahrnehmung der Gemeinschaftsbehörden trägt, was die Bewahrung der Lebensräume und Arten von gemeinschaftlichem Interesse in einem günstigen Erhaltungszustand bei; dass manche dieser Lebensräume und Arten sich zwar in der Wallonischen Region als gut vertreten erwiesen können, sie jedoch in Anbetracht ihrer verhältnismäßigen Seltenheit auf europäischer Ebene eine strenge Schutzregelung rechtferigen;

In der Erwägung, dass das Areal des Gebiets, das schlussendlich ausgewiesen wird, aufgrund der im Rahmen der öffentlichen Untersuchung eingereichten Anträge manche Parzellen des in erster Lesung verabschiedeten Areals ganz oder teilweise ausschließt; dass sich nach Prüfung und Aktualisierung der Angaben herausgestellt hat, dass diese Parzellen nicht den wissenschaftlichen Kriterien genügen, um als besondere Erhaltungsgebiete oder als besonderes Schutzgebiet ausgewiesen zu werden, indem sie nicht von besonderem biologischem Interesse sind; dass dieser Umstand nicht auf eine fehlende oder eine mangelhafte Bewirtschaftung zurückzuführen ist; dass diese Parzellen zudem nicht zur Kohärenz des Natur 2000-Netzes beitragen; dass sie nicht dazu beitragen, dass die für das Gebiet in Betracht gezogenen Erhaltungsziele erbracht werden wie sie hier oben genannt und erbracht werden; dass sich daraus ergibt, dass sie irrtümlich in das Gebiet integriert worden sind, und sie daher zu entfernen sind; dass der sonstigen Anträge auf Entfernung von Parzellen nicht stattgegeben wurde, insofern diese sich auf Parzellen bezogen, die entweder die wissenschaftlichen Kriterien für die Auswahl der Gebiete erfüllen oder, die für die Kohärenz des Natur 2000-Netzes sowie für das Erreichen der für das Gebiet in Betracht gezogenen Erhaltungsziele, so wie sie hier oben in Erinnerung gerufen wurden, erforderlich sind;

In der Erwägung, dass manche Parzellen trotz ihrer Eintragung in dem Ausweiserlass beigefügt werden, aufgrund von der Ausweisung in die modifizierten Listen unverändert in Betracht gezogen werden (siehe Anhang 2.2); dass diese Vorgehensweise durch Artikel 26 § 1 Absatz 2 Ziffer 7 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur zugelassen wird, laut Vorschriften bezüglich der Vermeidung von Unnützen, die schädigende Einflüsse auf die Abgrenzung des Gebiets und der Bewertungseinheiten vor den graphischen Vorschriften Vorrang haben; dass in praktischer Hinsicht die Größe der bebauten Parzellen gegebenenfalls sehr gering sein kann, dass zur Vermeidung einer "Durchlocherung" der Karten durch die Abgrenzung der besagten Parzellen die Option der Liste der aus dem Gebiet ausgeschlossenen Parzellen ohne Angabe auf der Karte selbst vorgezogen wurde;

In der Erwägung, dass die Stabilität der Referenz einen zeitlichen Wert hat, der auf der vektoriellen IGN-Daten im Maßstab 1:10.000 die Grundlage der Gesamtkarte bietet; dass es sich wie bei jeder kartographischen Referenzunterlage um eine Wiedergabe der Situation vor Ort handelt; dass sich daraus Ungenaugkeiten im Verhältnis zu den richtigen Lage oder Andereungen vor Ort, die nicht in der Kartographie berücksichtigt werden, ergeben können;

In der Erwägung, dass die offizielle Referenz in Sachen Katastralen Parzellierung die Katastermutterrolle und dass die sich daraus ergebenden kartographischen Schichten (CADMap) nicht auf einer besonderen Referenzunterlage gründen, sondern eine Digitalisierung der Parzellenpläne darstellen;

In der Erwägung, dass die integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) das Ergebnis der Digitalisierung der gesamten landwirtschaftlichen Parzellen ist, die in der Wallonischen Region auf der Grundlage der ortskartografischen Aufzeichnungen und im Medienlager gespeichert sind;

In der Erwägung, dass die Katasterparzellen und die Elemente der Natur 2000-Schicht nicht genau deckungsgleich sind; dass die Parzellen des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) und die Elemente der Natur 2000-Schicht ebenso nicht genau deckungsgleich sind; dass sich dadurch Verschiebungen ergeben, dass es demnach angebracht ist, die Karten und die Ortslage richtig zu deuten, um die wirklichen Grenzen der Parzellen und der Bewertungseinheiten zu identifizieren, von denen die kartographischen Schichten nur Abbildungen sind;

In der Erwägung, dass die in den Sektorenplan betrifft, die kartographischen Schichten Benutzungsberechnungen aufweisen, die auf folgendem Link beschrieben und verfügbar sind: http://dgatlp.dgatlp/staatsblad; dass sich zwischen dem Sektorenplan und dem IGN, für die für die Natur 2000-Kartographie als Referenzunterlage gedeckt hat, Verschiebungen vorkommen;

In der Erwägung, dass die Ausweisung innerhalb unseres Zuständigkeitsbereichs unter Vorbehalt des Grundsatzes der Verhältnismaßigkeit und der Beachtung der föderalen Loyalität in Exklusivität ausgebaut werden; dass eine gründliche Beobachtung der Auslegung föderaler Zuständigkeiten durch den föderalen Staat nicht möglich machen oder übertriebenenmaßen erschweren darf, dass im vorliegenden Fall die Wallonische Region direkt auf die föderalen Zuständigkeiten übergeht;


In der Erwägung, dass diese Aussagen unbegründet sind, da keine konkrete Einvernehmbarkeit nachgewiesen werden konnte; dass die in den Polizeigesetzgebung bezüglich der Eisenbahninfrastructuren öffentlichen Interessen vorgesehenen gesetzlichen Dienstbarkeits Einschränkungen hinsichtlich des Eigentums der Anwohner dieser Infrastrukturen außerhalb, die gemäß dem Kompensationsprinzip der Verwaltungspolizeivorschriften zu den auf die um eine Ausweisung als Natur 2000-Gebiet kandidierenden Gebiete anwendbaren Vorschriften der Regelung für den schutzen und zu der Gebieten Anwendbaren Polizeigesetzgebung hinzukommen;

In der Erwägung, dass die Eigentümer und Benutzer innerhalb der Landwirtschaftlichen Verpflichtung sind, alle auf ihr Eigentum Anwendbaren gesetzlichen Dienstbarkeitszwecken und insofern dass dies jedoch ein Einvernehmbarkeitsproblem zwischen dem Ausweiserlass und den Vorschriften dieser Polizeigesetzgebung darstellen;

In der Erwägung, dass die Kompensation tatsächlich die Verpflichtung für den Verwalter der Infrastruktur voraussetzt, die Regeln einzuhalten, die sich aus der auf die Natur 2000-Gebiete anwendbaren Praventionsregelung ergeben, darunter auch gegebenfalls die Verpflichtung, die in Artikel 29 § 2 Absätze 4 und 5 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur vorgesehene Abweichung zu ersetzen, wenn das Projekt die Unverhältniswirtschaft des Gebiets gefährdet; dass dies nicht unbedingt zur Folge hat, dass der Ausweiserlass die betroffenen
Gesetzgebung der Verwaltungsorgane verleibt; dass übrigens die Möglichkeit der Beantragung einer Abweichung aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich sozialwirtschaftlicher Art oder in Verbindung mit der öffentlichen Sicherheit und Gesundheit, den Verwaltern der Infrastrukturen öffentlichen Interesses ermöglicht, Projekte zu Ende zu führen, die durch derartige Gründe gerechtfertigt sind, wenn keine alternativen Lösungen vorliegen und Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen sind.


In der Erwägung, dass die zwischen dem Rechtsbehelfsverfahren und der Überprüfung der Verluste, die Infrastrukturen innerhalb oder in der Nähe eines Natura 2000-Gebiets bestehen oder einzurichten, die Straßen oder der Straßenverkehr, die Straßenzüge, die Autos des betreffenden Gebäude als Natura 2000-Gebiet ausschlaggebend sind, weder erheblich zu stören, noch zu beschädigen, und die Unversehrtheit des Gebietes durch Pflanzen oder Genehmigungen, die beträchtliche Auswirkungen auf das Gebiet haben könnten, gemäß Artikel 29 § 2 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur nicht zu beeinträchtigen;

In der Erwägung, dass die zwischen dem Rechtsbehelfsverfahren und der Überprüfung der Verluste, die Infrastrukturen innerhalb oder in der Nähe eines Natura 2000-Gebiets bestehen oder einzurichten, die Straßen oder der Straßenverkehr, die Straßenzüge, die Autos des betreffenden Gebäude als Natura 2000-Gebiet ausschlaggebend sind, weder erheblich zu stören, noch zu beschädigen, und die Unversehrtheit des Gebietes durch Pflanzen oder Genehmigungen, die beträchtliche Auswirkungen auf das Gebiet haben könnten, gemäß Artikel 29 § 2 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur nicht zu beeinträchtigen;

In der Erwägung, dass die zwischen dem Rechtsbehelfsverfahren und der Überprüfung der Verluste, die Infrastrukturen innerhalb oder in der Nähe eines Natura 2000-Gebiets bestehen oder einzurichten, die Straßen oder der Straßenverkehr, die Straßenzüge, die Autos des betreffenden Gebäude als Natura 2000-Gebiet ausschlaggebend sind, weder erheblich zu stören, noch zu beschädigen, und die Unversehrtheit des Gebietes durch Pflanzen oder Genehmigungen, die beträchtliche Auswirkungen auf das Gebiet haben könnten, gemäß Artikel 29 § 2 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur nicht zu beeinträchtigen;
Art. 2 - Unter Bezugnahme auf die verfügbaren Daten führt Anhang 3.A Folgendes auf:

1° die natürlichen Lebensraumtypen von gemeinschaftlichem Interesse, die sich im Gebiet befinden und für die Ausweisung des Gebiets ausschlaggebend sind, gegebenenfalls unter Angabe der im Gebiet vorkommenden prioritären natürlichen Lebensräume;

2° ihre Fläche und ihren Erhaltungszustand, wie sie auf Ebene des Gebiets zum Zeitpunkt seiner Auswahl eingeschätzt worden sind, sowie, gegebenenfalls, die wichtigste(n) Bewirtschaftungseinheit(en) mit den im Gebiet vorkommenden prioritären natürlichen Lebensräumen.

Art. 3 - Unter Bezugnahme auf die verfügbaren Daten führt Anhang 3.B Folgendes auf:

1° die Arten von gemeinschaftlichem Interesse und die Vogelarten, die für die Ausweisung des Gebiets ausschlaggebend sind, gegebenenfalls unter Angabe der im Gebiet vorkommenden prioritären Arten;

2° ihre Populationsgrößen und ihren Erhaltungszustand, wie sie auf Ebene des Gebiets zum Zeitpunkt seiner Auswahl geschätzt worden sind, sowie, gegebenenfalls, die wichtigste(n) Bewirtschaftungseinheit(en) mit den im Gebiet vorkommenden prioritären Arten.

Art. 4 - In Bezug auf die Teile des Gebiets, die als besondere Erhaltungsgebiete vorgeschlagen wurden, sind die wissenschaftlichen Kriterien, die zur Auswahl des Gebietes geführt haben, diejenigen, die in Anlage X des Gesetzes vom 12. Juli 1973 aufgeführt sind, sowie die stichhaltigen wissenschaftlichen Informationen.

In Bezug auf die Teile des Gebietes, die als besondere Schutzgebiete vorgeschlagen wurden, sind die wissenschaftlichen Kriterien, die zur Auswahl des Gebietes geführt haben, diejenigen, die in Artikel 25 § 2 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 aufgeführt sind, sowie die stichhaltigen wissenschaftlichen Informationen.


Art. 5 - Die im Gebiet vorhandenen Bewirtschaftungseinheiten und die Karte zur Abgrenzung dieser Bewirtschaftungseinheiten werden in Anhang 4 zum vorliegenden Erlass festgelegt.

Die Konturen der Bewirtschaftungseinheiten entsprechen denen der wichtigsten im Gebiet vorhandenen natürlichen Lebensraumtypen.

Art. 6 - Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Anforderungen, sowie der lokalen Besonderheiten, können die vorgeschlagenen Mittel der aktiven Verwaltung, um die Erhaltungsziele im Gebiet zu erreichen, die Folgenden sein:

— der Abschluss eines Vertrags zur aktiven Verwaltung oder jeglicher anderen Form von Vertrag, der durch die Wallonische Region mit den betroffenen Eigentümern oder Benutzern abgeschlossen wird;

— die Schaffung eines domanialen oder zugelassenen Naturschutzbüros oder eines Forstschutzbüros;

— die Abänderung der eventuell geltenden waldbaulichen Maßnahmen;

— die Verabschiedung eines Abschlussplans für die Großwildarten, die es zu kontrollieren gilt (im Zuständigkeitsgebiet des/des betroffenen weidmännischen Rates/Rates);

— die Anstellung des von der Bewässerungsgenossenschaft nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften aufgestellten Plans zur Verwaltung des Wasserhaushaltes auf landwirtschaftlich genutzten Flächen;

— die Zurverfügungstellung von Geländen an die wallonische Region oder eine gemäß Artikel 17 Ziffer 1° des Erlasses der Walloonischen Regionalverwaltung vom 17. Juli 1986 anerkannte Naturschutzvereinigung;

— die Abänderung des Sanierungsplanes für Zwischeneinzugsgebiete, die gegebenenfalls auf dem Gebiet in Kraft ist und/oder die Anpassung des Maßnahmenprogramms zum Schutz der Gewässer, das gegebenenfalls aufgrund des Wassergesetzbuches verabschiedet wurde;

— die Abänderung der Programme für Ausschäum- und Unterhaltsarbeiten der Wasserläufe;

— die Annahme von Agrarumweltmaßnahmen;

— jedes andere zweckmäßige, im Rahmen der Konzertierung vorgeschlagene Mittel zur aktiven Verwaltung.

Art. 7 - Das Natura 2000-Gebiet BE33064 - "Üftal" unterliegt der Erbringungskommission von Malmedy.

Art. 8 - Der vorliegende Erlass tritt am 31. Dezember 2017 in Kraft.

Art. 9 - Der Minister für Natur wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Namur, den 1. Dezember 2016

Der Ministerpräsident

P. MAGNETTE

Der Minister für Landwirtschaft, Natur, ländliche Angelegenheiten, Tourismus und Flughäfen, und Vertreter bei der Großregion

R. COLLIN

ANHANG 1: Liste der Kataster-Parzellen und der Teile der Kataster-Parzellen, die innerhalb des Natura 2000-Gebietes BE33064 - "Üftal" liegen

Das Natura 2000-Gebiet BE33064 - "Üftal" umfasst die wie folgt katalistierten oder ehemals katalistierten Parzellen:

MONITEUR BELGE — 17.05.2017 — BELGISCH STAATSBlad
ANHANG 2: Abgrenzung des Natura 2000-Gebiets BE33064 - "Ulftal"

2.1 Karte zur Abgrenzung des Gebiets

Die beigelegte Karte hält, ab dem Tag der Ausweisung des Gebiets, dessen Areal im Maßstab 1:10000 fest (veröffentlicht im Maßstab 1:2500).

Diese Karte ist ebenfalls verfügbar:

— in elektronischem Format auf der Webseite http://natura2000.wallonie.be;

— in Papierformat bei jeder betroffenen Gemeinde;

—in beiden Formaten bei den territorial zuständigen Außendirektionen der Abteilung Natur und Forstwesen.

2.2 Schriftliche Vorschriften zur genauen Bestimmung des Gebiets

Liste der Kataster-Parzellen und der Teile der Kataster-Parzellen, die nicht innerhalb des Natura 2000-Gebiets BE33064 - "Ulftal" liegen

Das Natura 2000-Gebiet BE33064 - "Ulftal" umfasst nicht die folgenden katasterrömischen oder ehemals katasterrömischen Parzellen:


Namur, den 1. Dezember 2016

Der Ministerpräsident

P. MAGNETTE

Der Minister für Landwirtschaft, Natur, ländliche Angelegenheiten, Tourismus und Flughäfen, und Vertreter bei der Großregion

R. COLLIN
ANHANG 3: Liste der natürlichen Lebensräume und Arten, die für die Ausweisung des Gebiets ausschlaggebend sind, und einschlägige Angaben; Zusammenfassung der wissenschaftlichen Kriterien, die zur Auswahl des Natura 2000-Gebietes BE33064 - „Ulfart“ geführt haben

Unter Bezugnahme auf die verfügbaren Daten gibt vorliegender Anhang Folgendes an:

— die jeweilige Auflistung der natürlichen Lebensraumtypen und der Arten, die für die Ausweisung des Gebiets ausschlaggebend sind, sowie die Daten betreffend ihre Flächen, Populationsgröße und zur Bewertung ihres Erhaltungszustands; die prioritären Lebensraumatypen und prioritären Arten werden mit einem Sternchen (*) gekennzeichnet;


Diese Ergebnisse rechtfertigen die Auswahl des Gebiets als Natura 2000-Gebiet.

Die Daten bezüglich der natürlichen Lebensraumtypen (Liste, Fläche und Erhaltungszustand) und der Arten (Liste, Bestand und Erhaltungszustand), die für die Ausweisung des Gebiets ausschlaggebend sind, stammen aus dem zwischen 2002 und 2005 aufgestellten Standarddatenformular. Diese für das Gebiet zum Zeitpunkt seiner Auswahl geschätzten Daten enthalten Annäherungswerte. Sie wurden zum Teil aufgrund der besten zur Verfügung stehenden Kenntnisse präzisiert, insbesondere für die Flächen, was die natürlichen Lebensräume betrifft, und für die Populationsgrößen, was die Arten betrifft. Die Präzisierung dieser Daten muss fortgeführt werden.


Mit einer noch kleineren Fläche weist das Gebiet des Ulfarts einige bewaldete Flächen auf, die der Art der Auenwälder, Birkenwälder mit blauem Pfeifengras und der säreliebenden Eichen-Hainbuchenwälder gehören.

Die aquatischen Lebensräume setzen sich aus Wasserläufen, Flüssen und Bächen zusammen. Letztere bilden Lebensräume für die Bachmuschel, die Groppe und zahlreiche andere Arten. Der Thommerwehrer stellt einen Rastplatz für Arten wie u.a. den Fischadler, den Bruchwasserläufer, den Silberreiher, die Knäkente und die Krickente dar."

A. Natürliche Lebensraumtypen nach Anlage VIII des Gesetzes, die für die Ausweisung des Gebiets ausschlaggebend sind

<table>
<thead>
<tr>
<th>Natürliche Lebensräume von gemeinschaftlichem Interesse</th>
<th>Fläche</th>
<th>EZ</th>
<th>BE LGI*</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>6430</td>
<td>10,57 ha</td>
<td>C</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6510</td>
<td>9,44 ha</td>
<td>C</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>9110</td>
<td>7,51 ha</td>
<td>C</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>9160</td>
<td>4,61 ha</td>
<td>C</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3150</td>
<td>3,79 ha</td>
<td>C</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3260</td>
<td>3,19 ha</td>
<td>C</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6410</td>
<td>1,88 ha</td>
<td>C</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>9190</td>
<td>1,21 ha</td>
<td>C</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>9150*</td>
<td>0,64 ha</td>
<td>C</td>
<td>BE 7</td>
</tr>
<tr>
<td>6230*</td>
<td>0,47 ha</td>
<td>C</td>
<td>BE 2</td>
</tr>
<tr>
<td>3130</td>
<td>0,01 ha</td>
<td>C</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Erklärungen: EZ: Bewertung des Erhaltungszustands; A: ausgezeichneter Erhaltungszustand; B: guter Erhaltungszustand; C: durchschnittlicher Erhaltungszustand; BE LGI*: Bewertungseinheit(ene), die den prioritären natürlichen Lebensraum von gemeinschaftlichem Interesse beherrscht oder beherrschen kann (wenn genaue Angaben nicht verfügbar sind); *: nicht verfügbare Angaben

3130 : Oligo- bis mesotrophe stehende Gewässer mit Vegetation der Littorellatea uniflorae und/oder der Isoetoo-Nanjoenectea

3150 : natürliche eutrophe Seen mit Vegetation des Typs Magnopotamion oder Hydrocharition

3260 : Flüsse der planaren bis montanen Stufe mit Vegetation des Ranunculion fluitantis und des Callitrichio-Batrachion

6230* : artenreiches Nardusgrassland (und submontan auf dem europäischen Festland) auf kieselhaltigen Substraten in Berggebieten

6410 : Pfeifengraswiesen auf kalkreichen, torfigen und tonig-schluffigen Böden (Molinion caeruleae)

6430 : Feuchte Hochstaudenfluren der planaren und montanen bis alpinen Stufe

6510 : Magere Flachland-Mähwiesen (Alopecurus pratensis, Sanguisorba officinalis)

9110 : Hainsimsen-Buchenwald (Luzulo-Fagetum)

9160 : subatlantischer oder mitteleuropäischer Stieleichenwald oder Eichen-Hainbuchenwald (Carpinion betuli)

9190 : Alte bodensaure Eichenwälder auf Sandebenen mit Quercus robur

9150* : Auenwälder mit Alnus glutinosa und Fraxinus excelsior (Alno-Padion, Alnion incarnae, Salicion albae)
B. Arten aus den Anlagen IX und XI des Gesetzes, die für die Ausweisung des Gebiets ausschlaggebend sind

<table>
<thead>
<tr>
<th>Code</th>
<th>Lateinischer Name</th>
<th>Deutscher Name</th>
<th>Population</th>
<th>EZ</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1032</td>
<td>Unio crassus</td>
<td>Bachmuschel</td>
<td>P</td>
<td>C</td>
</tr>
<tr>
<td>1337</td>
<td>Castor fiber</td>
<td>Europäischer Biber</td>
<td>P</td>
<td>C</td>
</tr>
<tr>
<td>1355</td>
<td>Lutra lutra</td>
<td>Fischotte</td>
<td>P</td>
<td>C</td>
</tr>
<tr>
<td>4038</td>
<td>Lycaena helle</td>
<td>Blauschillernder Feuerfalter</td>
<td>60-600 i</td>
<td>B</td>
</tr>
<tr>
<td>A027</td>
<td>Egretta alba</td>
<td>Silberreihner</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A030</td>
<td>Ciconia nigra</td>
<td>Schwarzstorch</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A052</td>
<td>Anas creca</td>
<td>Krickente</td>
<td>10 i</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A055</td>
<td>Anas querquedula</td>
<td>Knakente</td>
<td>1-5 i</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A072</td>
<td>Pernis apivorus</td>
<td>Wespenbussard</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A073</td>
<td>Milvus migrans</td>
<td>Schwarzmilan</td>
<td>1 p</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A074</td>
<td>Milvus milvus</td>
<td>Rotmilan</td>
<td>3-5 p</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A081</td>
<td>Circus aeruginosus</td>
<td>Rohrweihe</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A082</td>
<td>Circus cyanus</td>
<td>Kornweihe</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A094</td>
<td>Pandion haliaetus</td>
<td>Fischadler</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A151</td>
<td>Philomachus pugnax</td>
<td>Kampfläufer</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A152</td>
<td>Lymnocryptes minimus</td>
<td>Zwergschneipe</td>
<td>P</td>
<td>P</td>
</tr>
<tr>
<td>A153</td>
<td>Gallinago gallinago</td>
<td>Bekassine</td>
<td>5-10 i</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A166</td>
<td>Tringa glareola</td>
<td>Bruchwasserläufer</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A197</td>
<td>Chlidonias niger</td>
<td>Trauersee- schwalbe</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A229</td>
<td>Alcedo atthis</td>
<td>Eisvogel</td>
<td>1-2 p</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A236</td>
<td>Dryocopus martius</td>
<td>Schwarszspecht</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A249</td>
<td>Riparia riparia</td>
<td>Uferschwalbe</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A275</td>
<td>Saxicola rubetra</td>
<td>Braunkehlchen</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A277</td>
<td>Oenanthe oenanthe</td>
<td>Steinschmätzer</td>
<td>P</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A338</td>
<td>Lanius collurio</td>
<td>Neuntöter</td>
<td>12 p</td>
<td>-</td>
</tr>
<tr>
<td>A340</td>
<td>Lanius excubitor</td>
<td>Rauwbürger</td>
<td>1 p</td>
<td>-</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Erklärungen: P = präsent; p = Anzahl Pärchen; i = Anzahl Individuen; EZ: Bewertung des Erhaltungszustands; A: ausgezeichneter Erhaltungszustand; B: guter Erhaltungszustand; C: durchschnittlicher Erhaltungszustand; Bes.: Besucher; gel.: gelegentlich; "-": nicht verfügbare Angaben


Namur, den 1. Dezember 2016

Der Ministerpräsident

P. MAGNETTE

Der Minister für Landwirtschaft, Natur, ländliche Angelegenheiten, Tourismus und Flughäfen, und Vertreter bei der Großregion

R. COLLIN
ANHANG 4: Ausweisung und Abgrenzung der Bewirtschaftungseinheiten
des Natura 2000-Gebiets BE33064 - "ULtfal"

1. Liste der innerhalb des Gebiets abgegrenzten Bewirtschaftungseinheiten
Das Gebiet umfasst folgende Bewirtschaftungseinheiten:
BE 1 - aquatische Lebensräume
BE 2 - prioritäre offene Lebensräume
BE 3 - Wiesen als Lebensraum von Arten
BE 4 - extensive Streifen
BE 5 - Verbindungswiesen
BE 7 - prioritäre Auenwälder
BE 8 - einheimische Wälder von großem biologischem Interesse
BE 9 - Wälder als Lebensraum von Arten
BE 10 - nicht einheimische Verbindungswälder
BE 11 - Ackersubsland und anthropische Elemente


2. Karte zur Abgrenzung der Bewirtschaftungseinheiten
Die beigefügten Karten halten im Maßstab 1:10000 (veröffentlicht im Maßstab 1:25000) das Areal der im Gebiet vorhandenen Bewirtschaftungseinheiten fest. Die Konturen der Bewirtschaftungseinheiten entsprechen denen der wichtigsten im Gebiet vorhandenen natürlichen Lebensraumtypen.
Diese Karte ist ebenfalls verfügbar:
— in elektronischem Format auf der Webseite http://natura2000.wallonie.be;
— in Papierformat bei jeder betroffenen Gemeinde;
— in beiden Formaten bei den territorial zuständigen Außendirektionen der Abteilung Natur und Forstwesen.


Namur, den 1. Dezember 2016

Der Ministerpräsident
P. MAGNETTE
Der Minister für Landwirtschaft, Natur, ländliche Angelegenheiten, Tourismus und Flughäfen, und Vertreter bei der Großregion
R. COLLIN

VERTALING
WAALSE OVERHEIDSDIENST

[ C – 2017/7007S]

1 DECEMBER 2016. — Besluit van de Waalse Regering tot aanwijzing van de Natura 2000-locatie BE33064 – « Vallée de l’ULF »

De Waalse Regering,

Gelet op de wet van 12 juli 1973 op het natuurbehoud, zoals voor het laatst gewijzigd bij het decreet van 22 december 2010 tot wijziging van de wet van 12 juli 1973 op het natuurbehoud wat betreft de tenuitvoerlegging van het Natura 2000-stelsel, hierna 'de wet van 12 juli 1973';
Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 17 maart 2005 betreffende Boek I van het Milieuwetboek, artikelen D.29-1 en volgende;
Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 23 oktober 2008 tot vaststelling van sommige modaliteiten van de preventieve regeling die van toepassing is op de Natura 2000-locaties;
Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 24 maart 2011 houdende de algemene preventieve maatregelen die toepasselijk zijn op de Natura 2000-locaties, alsook op de locaties die in aanmerking komen voor het Natura 2000-netwerk;
Gelet op het besluit van de Waalse Regering van 19 mei 2011 tot bepaling van de beheerseenheidstypen die binnen een Natura 2000-locatie afgebakend zouden kunnen worden, alsook tot bepaling van de verbodsmaatregelen en van de bijzondere preventieve maatregelen die erop toepasselijk zijn;
Gelet op het advies van de présent Commission de la conservation » (Instandhoudingscommissie) van Malmedy, gegeven op 11 maart 2016;
Gelet op het Verdrag inzake het behoud van wilde dieren en planten en hun natuurlijk leefmilieu van de Raad van Europa, gedaan te Bern op 19 september 1979 en goedgekeurd bij de wet van 20 april 1983;
Gelet op Richtlijn 92/43/EEG van de Raad van de Europese Gemenschappen van 21 mei 1992 inzake de instandhouding van de natuurlijke habitats en de wilde flora en fauna;
Gelet op de beslissing van de Waalse Regering van 26 september 2002, aangevuld met de beslissingen van 4 februari 2004 en 24 maart 2005, tot goedkeuring van de lijst van de locaties voorgedragen aan de Europese Commissie als locaties met een communautair belang;
Gelet op de beslissingen 2004/798/EG en 2004/813/EG van de Commissie van 7 december 2004 tot vaststelling, overeenkomstig Richtlijn 92/43/EEG van de Raad, van de lijst van gebieden met een communautair belang respectievelijk voor de continentale biogeografische regio en voor de Atlantische biogeografische regio;